



MEINUNG Von Florian Harms

Aktualisiert am 04.04.2022 - 07:27 Uhr



Das Grauen trägt einen neuen Namen: Butscha. Nach dem Abzug der russischen Truppen bietet sich in dem Kiewer Vorort ein entsetzliches Bild. Auf den Straßen der zerschossenen Ortschaft liegen ermordete Zivilisten. Ihre Hände sind gefesselt, offenbar wurden sie kaltblütig exekutiert.

Putins Kämpfer sollen dort und in Nachbarorten mehr als 400 wehrlose Menschen umgebracht haben, Augenzeugen berichten von erschütternden Szenen.

Kiews Bürgermeister **Vitali Klitschko** spricht von einem "**Völkermord**" und fordert: "Für die ganze Welt und insbesondere Deutschland kann es nur eine Konsequenz geben: Kein Cent darf mehr nach Russland gehen, das ist blutiges Geld, mit dem Menschen abgeschlachtet werden."



Allein in Butscha sollen russische Soldaten bis zu 300 Zivilisten ermordet haben.



Die heranrückenden ukrainischen Soldaten werden von den Einwohnern Butschas euphorisch begrüßt.

Auch in Westeuropa ist das Entsetzen groß. Doch ebenso groß ist die Hilflosigkeit der Regierenden in Brüssel und Berlin. EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** spricht von "Horrorszenen", verlangt eine "unabhängige Untersuchung" und versichert: "Kriegsverbrecher werden zur Verantwortung gezogen."

Ins selbe Horn stößt **Annalena Baerbock**. "Die Verantwortlichen für diese Kriegsverbrechen müssen zur Rechenschaft gezogen werden", fordert die Außenministerin und verspricht: "Wir werden die Sanktionen gegen Russland verschärfen und die Ukraine noch stärker bei ihrer Verteidigung unterstützen."

Auch Bundeskanzler **Olaf Scholz** kündigt weitere Strafen an und verlangt: "Die Täter und ihre Auftraggeber müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden."

Verlangen, versichern, versprechen: Drei Verben mit V bestimmen den Kurs der westeuropäischen Politiker im Ukraine-Krieg. Sie reden viel, sie machen Druck, und sie handeln ja auch. Sanktionen gegen Putins Regime, Waffen für die Ukraine, langsame Abkehr von den russischen Rohstoffen. **Doch all das hält den Kremlichef nicht von seinen Verbrechen ab.**

Im Gegenteil, er lässt seine Militärs immer blindwütiger zuschlagen. Nun haben sie begonnen, **Odessa** zu beschießen; offenbar wollen sie nach dem Osten auch den Süden der Ukraine besetzen. Droht der Millionenstadt am Schwarzen Meer dasselbe Schicksal wie Mariupol?



Auch Odessa liegt nun unter russischem Beschuss.

Er wolle die Ukraine "entnazifizieren", gab Putin als Grund für seinen Angriffskrieg an.

Die Behauptung ist nicht nur absurd, sie kehrt sich auch gegen ihren Absender, denn **Putins Soldaten verhalten sich wie einst die Killerkommandos der Nazis: Sie fackeln**

Schulen und Krankenhäuser ab, sie meucheln Zivilisten, sie roten ganze Dörfer aus.

Das Grauen im größten europäischen Landkrieg und in der größten Migrationskrise seit dem Zweiten Weltkrieg kommt aus dem **Kreml. Dort hockt ein skrupelloser Imperialist wie einst Stalin vor seinen großrussischen Landkarten und spielt mit dem Leben Tausender Menschen.**

Angesichts dieser Verbrechen erscheint es zynisch, dass Deutschland weiterhin jeden Tag Hunderte Millionen Euro für Erdgas nach Moskau überweist.

Olaf Scholz, Robert Habeck und die Chefs von Industrieunternehmen können wortreich erklären, warum ein sofortiger Stopp aller Gasimporte gravierende Folgen für die deutsche Wirtschaft hätte. Trotzdem ist irgendwann der Punkt erreicht, an dem selbst ein Bundeskanzler und ein Wirtschaftsminister nicht mehr an der Frage vorbeikommen:

Wann ist es genug? Wann wiegt die Menschlichkeit mehr als das Geschäftsinteresse, **wann ist uns auch hierzulande das Überleben der gepeinigten Ukrainer wichtiger als das Brummen unserer Wirtschaft?**

Leicht zu beantworten ist diese Frage nicht, eine jahrelange **Rezession** könnte Zigtausende Deutsche den Job und die Ersparnisse kosten, die Radikalisierung mancher Bevölkerungsteile könnte sich beschleunigen. Doch irgendwann sind die Grausamkeiten eben nicht mehr hinzunehmen, und das Massaker in Butscha könnte dieser Moment sein.